

## **PRESSEINFORMATION 46/2022**

### **BWIK-Präsident: Unternehmensgespräche vor Ort für weniger Bürokratie**

#### **Gemeinsame Aktion zum Bürokratieabbau von Normenkontrollrat BW und der IHK-Organisation**

Stuttgart, 21.07.2022 – Bürokratische Belastungen gehören für Unternehmen konstant zu den Top-Ärgernissen in jeder Umfrage. Zusammen mit dem Normenkontrollrat Baden-Württemberg führt die IHK-Organisation deshalb in diesem Jahr von Ende Juli bis September Unternehmensgespräche in den Regionen durch, um im direkten Dialog bürokratische Hürden auf Landes-, Bundes- und Europaebene zu identifizieren und daraus konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau abzuleiten und zu sammeln.

Dazu Wolfgang Grenke, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIHK): „Der ständigen Belastung unserer Mitgliedsunternehmen durch bürokratische Hemmnisse muss ein Riegel vorgeschoben werden. Der Normenkontrollrat leistet dazu seit Jahren wichtige Arbeit und bringt gute Empfehlungen ein – für uns ist er der ideale Partner. Es gilt, jetzt noch mehr Fahrt beim Abbau aufzunehmen. Denn die jüngsten Krisen haben doch deutlich gemacht, wo die Probleme liegen, aber auch genügend Potenziale aufgezeigt, wie wir hier besser werden können. Die aktuellen Herausforderungen benötigen die volle Aufmerksamkeit der Betriebe – da bleibt wenig Zeit oder Verständnis übrig, sich zusätzlich an bürokratischen Hürden abarbeiten zu müssen. Gerade in diesen Zeiten benötigen unsere Mitgliedsunternehmen dringend Entlastungsprogramme in allen möglichen Bereichen. Der gemeinsame Austausch von NKR und IHK-Organisation mit den Unternehmen vor Ort ist deshalb der wichtigste Schritt, um Optimierungspotentiale beim Bürokratieabbau aus der Praxis zu sammeln und darzulegen.“

Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Vorsitzende des Normenkontrollrats Baden-Württemberg, ergänzt: „Die Landesregierung hat sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode mindestens 200 Mio. Euro, möglichst 500 Mio. Euro Bürokratiekosten abzubauen. Dies ist zu schaffen, bedarf aber eines großen Kraftaktes. Der Normenkontrollrat hat 160 konkrete Vorschläge gemacht, die dabei helfen können. Für einen nachhaltigen Bürokratieabbau ist wichtig, dass der Digitalisierungsprozess der Verwaltung beschleunigt und eine umfassende Verwaltungsreform durchgeführt wird. Wir brauchen einen Kulturwandel in der Verwaltung.“

Der BWIHK-Präsident verweist ebenfalls auf den Koalitionsvertrag des Landes, in dem Bürokratieabbau durch Digitalisierung zur Entlastung von Unternehmen als Zielsetzung verankert wurde. Darin heißt es, Baden-Württemberg soll Vorreiter bei der Entlastung von unnötiger Bürokratie bleiben: „Auch mit Blick auf die akute Energiekrise brauchen wir dringend schnellere Plan- und Genehmigungsverfahren sowie die zeitgemäße Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen und im Antragswesen. Effizientere Verwaltungsprozesse führen zu direkten Kosteneinsparungen bei den Unternehmen. Größere Handlungsimpulse als derzeit gab es noch nie. Wir erwarten deshalb eine zügige Umsetzung der Vorschläge, die auf dem Tisch liegen.“

Ansprechpartner:

BWIHK | Kommunikation  
Tobias Tabor  
Telefon: 0711 225500-64  
E-Mail: [tobias.tabor@bw.ihk.de](mailto:tobias.tabor@bw.ihk.de)

Diese und weitere Presseinformationen unter [www.bw.ihk.de/medien/pressemitteilungen](http://www.bw.ihk.de/medien/pressemitteilungen)

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIHK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.